

Zweimal «ja» - um das «Verordnungsschlupfloch» zu schliessen

Die Doppelinitiative «Mitsprache bei Bildungsfragen» bereitet vielen Stimmbürgern Kopfzerbrechen. Die einen stören sich am Namen «Gute Schule Graubünden», die andern befürchten, dass der einzelne Bürger noch mehr in die Schule reinschwätzt. In Tat und Wahrheit geht es aber allein darum, dass Verwaltungsakte, welche auf der Verordnungsstufe passieren, nicht weiteren Schaden an der Schule anrichten können. Deshalb sollte der Grosse Rat zwingend bei solchen Änderungen entscheiden. Der LP21GR mit den obligatorischen Lehrmitteln schränkt die Methodenfreiheit der Lehrpersonen massiv ein. Die Regierung hatte Zeit, um nach Art 29. des Bünd.Schulgesetzes Stufenziele zu definieren und grundlegende Inhalte zu beschliessen. Hier gilt anzumerken, dass mit der Schulgesetzesrevision von 2012 unter Stufen, der Kindergarten, die Primarstufe und die Sekundarstufe 1, gemeint waren. Damals definierten die Lehrpläne die Jahrgangsziele und Inhalte für jedes Schuljahr. Die Bevölkerung, welche Harmos zustimmte, handelte nach «Treu und Glaube». Es konnte gar nicht wissen, dass der neue Lehrplan von diesem Prinzip abweichen würde. EDK verdankte es dem Volk mit dem Wechsel zum Kompetenzmodell. Diese Schulreform wurde durch die Hintertüre eingeführt. Die EDK löst sich auf. Nachdem die Experten schon gegangen sind, verlassen die Politiker nun die Kommandobrücke Dies ist alt bekannter Weg, um Spuren zu verwischen. In Graubünden wurde viel dazu publiziert. Wenn es also nicht so klappt, wie es heute angenommen wird, dann wird die GL des LEGR viele Fragen zu beantworten haben. Ein «Nein» bewirkt nicht, dass Ruhe in der Schule einkehrt. Eine Schulgesetzesrevision steht an. Der Kindergarten muss noch dem LP21GR angepasst werden, die Lehrer erhalten einen neuen Berufsauftrag, die «Neuen Medien» werden uns weiter Kopfzerbrechen bereiten, Kinderburnout steht im Raum und viele Eltern, die verunsichert sind, warten auf Antworten. Sie sehen, am 25. November, kann beruhigt zweimal «Ja» eingeworfen werden.

Markus Niederdorfer, SO, 07. November 2018